

ser von unterschiedlichem Interesse sind. Vinoba Bhave versteht es, seine Darlegungen durch Beispiele und Gleichnisse anschaulich zu machen, und es ist bemerkenswert, wie stark er auch die europäische Geistesgeschichte beherrscht.

H. Hecker

YUNG-HWAN JO (Hrsg.)

Taiwan's Future?

Union Research Institute, Hong Kong und Center for Asian Studies, Arizona State University, Arizona 1974, 351 S.

Die Insel Taiwan, die etwa 110 Meilen von dem chinesischen Festland entfernt liegt, hat zuerst im Jahr 1886 den Status einer Provinz Chinas durch die Tsching-Dynastie erhalten. Da am 1. Oktober 1949 nach dem erfolgreichen Befreiungskampf die Kommunisten unter der Führung von Mao Tse-tung die Volksrepublik China auf dem Festland gründeten, ging Tschiang Kai-Shek mit den „Kuomin-Tang“ auf die Insel Taiwan und „proklamierte“ als Staatspräsident die Republik China. Damit entstand die Taiwan-Frage (Über die Geschichte Taiwans siehe S. 173 — 175).

Dieses Buch ist ein zusammenfassender Bericht der Referate und der Diskussion eines vom „Center for Asian Studies, Arizona State University“, Tempe/Arizona, USA, vom 2. — 3. Februar 1973 veranstalteten internationalen Symposiums zum Thema „Taiwans Zukunft“. Die Hauptthemen der fünf Referate sind:

1. Die Innenpolitik Taiwans — Trends und Wandlungen
2. Taiwan und das Mutterland — Koexistenz oder Wiedervereinigung
3. Taiwan und die Weltmächte
4. Der ökonomisch-politische Potentialias Taiwans
5. Probleme und Lösungen

Dieses Buch gibt viele wissenschaftliche Informationen über die Frage Taiwans. Hier untersucht man, ob es sich bei der Frage Taiwans um eine Sezession oder Dismembration Chinas handelt¹. Man weiß, daß es für diese Frage keine überraschende und baldige Lösung, wie z. B. „eine Vereinigung zwischen Taiwan und Peking“ geben kann (S. 263), aber „friedlich gelöst werden wird“ (S. 97 — 103). In der Anfangszeit hatten die USA, Japan und andere westliche Staaten die Auffassung vertreten, daß Taiwan ein von Japan 1945 aufgegebenes Territorium sei, das keinem Staat zugesprochen wurde, daß der internationale Status Taiwans ungelöst sei oder daß Taiwan der „Souveränität der Republik Chinas“ unterliege (S. 11 und 27). Die sozialistischen Staaten dagegen kannten von Anfang an Taiwan als „de jure und de facto chinesisches Territorium“ an und zwar nach den Vereinbarungen von Kairo und Potsdam (S. 189).

Die internationale Entwicklung um China ist inzwischen völlig verändert. Viele westliche Staaten, wie z. B. England, Frankreich und Japan (S. 111 und 190 — 191), erkennen die Volksrepublik China als die „einzige legetime Vertretung Chinas“ an, während China den Sitz einer ständigen Mitgliedschaft des UNO-Sicherheitsrats übernimmt. Damit kam es auch zu einer „langsamen, aber großen“ Veränderung in der amerikanischen China-Politik und die Frage Taiwans wurde als innerchinesische Angelegenheit angesehen (S. 191 — 192).

¹ Vgl. Röper, Erich: *Geteiltes China — Eine völkerrechtliche Studie*, Mainz 1967.

Die USA hat China bis heute nicht anerkannt, aber die Entwicklung zu China beschleunigen wollen und gleichzeitig alle „Vertragsverpflichtungen“ gegenüber Taiwan aufrechterhalten. Bis 1976 soll das jährliche Handelsvolumen mit Taiwan 5 Milliarden US-Dollar erreichen. Die US-„Verteidigungsverpflichtung“ gegenüber Taiwan, nach dem Referat von Herrn Leo Moser, „Department of State“, „werde helfen sicherstellen, daß die Frage Taiwans zwischen Peking und Taipei friedlich gelöst werden wird“ (S. 97 — 103), was sehr zu begrüßen wäre. Man kann es heute so sehen, als wäre die Frage Taiwans gelöst, sobald die USA ihre „Zwei-China“-Politik aufgibt. Deshalb ist es sehr zu empfehlen, dieses Buch zu lesen, weil es viele wertvolle Auskünfte über die chinesische Frage gibt.

Youn-Soo Kim

Legal Education in a Changing World. Report of the Committee on Legal Education in the Developing Countries

Internationas Legal Center, New York; Scandinavian Institute of African Studies, Uppsala 1975, 94 S.

Im Auftrage des International Legal Center (New York) hat eine Gruppe von Juristen, überwiegend Rechtswissenschaftler an den verschiedensten Universitäten der Welt¹, die Situation der Juristenausbildung in den Entwicklungsländern untersucht; in der hier anzuzeigenden Schrift unterbreitet diese Kommission die Analyse und Veränderungsvorschläge. Der Bericht ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert:

1. Durchgehend werden „Legal Education“ und „Development“ in Beziehung zueinander gesetzt, im großen Rahmen und im Detail. Dies ist nicht ganz selbstverständlich. Der Aspekt des sozialen Wandels gerät nicht nur Juristen in Industriestaaten häufig aus dem Blick; auch in den Entwicklungsländern haben die Autoren festgestellt, daß Rechtswissenschaft und Juristenausbildung ohne Bezug zu den sozialen Problemen des eigenen Landes, in einer keineswegs glänzenden Isolierung vor sich hinarbeiten. Die Expertengruppe stellt diesem Befund das Konzept einer engen Verknüpfung von juristischer und allgemeiner Entwicklung entgegen.
2. Die Ausbildung von Rechtskundigen wird auch als Teil des Erziehungssystems betrachtet — mit der Konsequenz, daß dessen sozialer Rang, seine Ziele und Probleme ausführlich in die Untersuchung einbezogen sind.
3. Der Bericht über Institutionen und Inhalte der Ausbildung wie über die Rekrutierung von Lehrenden und Lernenden vermittelt interessante Einsichten in die Prozesse der Entwicklung „junger“ Nationen und die geistigen Zusammenhänge mit den älteren Staaten. Die spezifischen Probleme der in letzter Zeit unabhängig gewordenen Staaten Afrikas und Asiens — z. B. die häufig anzutreffende Mehr-

¹ Mitglieder des Komitees waren: Jorge Avendaño V., Pontificia Universidad Católica del Perú (Vorsitzender); Andrés Cúneo M., Universidad Católica de Chile; Carlos Alberto Menezes Direito, Pontificia Universidade Católica do Rio de Janeiro; Yash P. Ghai, University of Uppsala; John N. Hazard, Columbia University Law School; David M. Helfeld, University of Puerto Rico; John B. Howard, Präsident des International Legal Center; A. B. Kasunmu, University of Lagos; A. T. Markose, University of Cochin; Kéba M'Baye, Erster Präsident des Obersten Gerichtshofs, Dakar, Senegal; Mochtar Kusumaatmadja, Justizminister von Indonesien, Pajajaran University; James C. N. Paul, The State University of New Jersey, Rutgers; Michel Pédamon, Université de Droit, d'Economie et de Sciences Sociales de Paris; W. L. Twining, University of Warwick; Arthur von Mehren, Harvard University; J. H. Wootten, Richter des Obersten Gerichtshofs von New South Wales, Sydney; als Research Associate and Consultant: Richard M. de Friend, University of Kent.